



Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende

Themenpapiere der Fraktion

Ob bewusst gewählt oder unfreiwillig – die Zahl der Einelternfamilien wächst. Von den 2,7 Millionen Alleinziehenden in Deutschland sind 90 Prozent Frauen und fast 40 Prozent sind wegen Erwerbslosigkeit, Teilzeitarbeit oder schlechter Bezahlung auf Hartz IV angewiesen. Kinder Alleinerziehender leben fünfmal häufiger von Hartz IV als Kinder in Paar-Familien. Das heißt, vor allem alleinerziehende Frauen mit Kindern haben ein hohes Armutsrisiko.

Die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die schlechte Arbeitsmarktsituation machen es Alleinerziehenden besonders schwer, ihren eigenen Unterhalt und den ihrer Kinder zu finanzieren. Viele Alleinerziehende sind nur deshalb arbeitslos oder teilzeitbeschäftigt, weil keine angemessene Kinderbetreuung zur Verfügung steht. Besonders schwierig wird die Situation, wenn der Kindesunterhalt nicht gezahlt wird bzw. nicht gezahlt werden kann. Um ausfallende Unterhaltszahlungen zumindest teilweise auszugleichen, hat sich die LINKE seit Jahren für eine Ausweitung des Unterhaltsvorschusses eingesetzt. Einen Teil davon

hat die Bundesregierung endlich umgesetzt. Auch hier bleibt noch einiges zu tun, um Alleinerziehende weiter zu entlasten. Die vielen auf Hartz IV angewiesenen Familien profitieren hiervon bislang nicht. Und die ausgezahlten Sätze sind ungerecht niedrig, denn das Kindergeld wird vollständig angerechnet.

DIE LINKE fordert daher:

- Die jahrelang geforderte Entfristung des Unterhaltsvorschusses ist endlich erreicht. Wir wollen ihn zusätzlich ohne Bedingungen bis zum Abschluss der Schulbildung oder Ausbildung ausweiten.
- Das Kindergeld soll nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden statt wie jetzt zu 100 Prozent.
- Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht auf die SGB II-Leistungen angerechnet werden.